



Startseite > Ausland > Deutschland > Israel: »Benjamin Netanyahu ist kein Partner für den Westen, sondern ein Pr

Israelischer Wissenschaftler Yashiv

S+ »Netanyahu ist kein Partner für den Westen, sondern ein Problem«

Olaf Scholz empfängt Benjamin Netanyahu. Der israelische Ökonom Eran Yashiv mahnt: Gerade der Kanzler muss Kritik an der umstrittenen Justizreform üben – ein illiberales Israel sei für den Westen eine Gefahr.

Ein Interview von **Muriel Kalisch**

15.03.2023, 18.43 Uhr

S+ Artikel zum Hören • 8 Min



Protest in Israel anlässlich der Reise von Premierminister Benjamin Netanyahu nach Berlin Foto: Ahmad Gharabli / AFP

SPIEGEL+

Dieser Artikel gehört zum Angebot von SPIEGEL+. Sie können ihn auch ohne Abonnement lesen, weil er Ihnen geschenkt wurde.

»Komm nicht zurück«: Als Israels Premierminister [Benjamin Netanyahu](#) an diesem Mittwoch zu seiner Reise nach [Berlin](#) aufbrach, schwenkten die Demonstranten nicht nur ihre [Israel](#)-Flaggen, sondern forderten ihren Regierungschef gleich zum Wegbleiben auf.

Anfang des Jahres hatte die neue, ultrarechte Regierung angekündigt, das Justizsystem reformieren zu wollen. Die Pläne der Regierung sehen vier Gesetzesänderungen vor, die dazu führen würden, dass die Justiz künftig von der Politik kontrolliert wird. So könnte das Parlament etwa mit einer einfachen Mehrheit Gesetze gegen den Willen des Obersten Gerichts durchsetzen, auch vorbestrafte Politiker müssten nicht mehr um ihre Ämter fürchten.

Seitdem wird protestiert, werden offene Briefe geschrieben und mit Auswanderung gedroht – bislang ohne Erfolg. Viele Israelis wünschen sich Unterstützung aus dem Ausland, um Druck auf ihre Regierung auszuüben. So auch Wirtschaftswissenschaftler Eran Yashiv. Hier erklärt er, welchen Einfluss Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) auf Israels Premierminister haben könnte – und warum er ihn nutzen sollte.

Zur Person

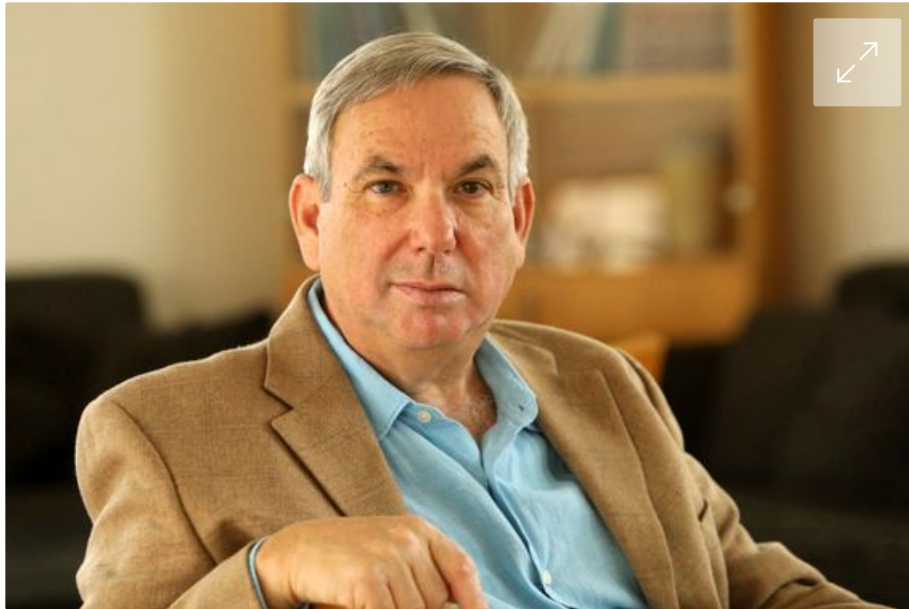


Foto: Eran Yashiv

Eran Yashiv, 63, ist ein israelischer Ökonom und Politikberater. Er ist Professor für Ökonomie an der Eitan Berglas School of Economics in Tel Aviv und Mitglied des Zentrums für Makroökonomie an der London School of Economics. Vier Jahre lang leitete er das Programm für Wirtschaft und Nationale Sicherheit beim Thinktank Institute for National Security Studies. Er lebt in Tel Aviv.

SPIEGEL: Herr Yashiv, in Ihrer Heimat [Israel protestiert die Bevölkerung](#) **5+** seit Wochen gegen die geplanten Justizreform. Trotzdem treibt die Regierung von Benjamin Netanyahu die Reformen voran. Wie viel Zeit bleibt, um Israels Demokratie zu retten?

Yashiv: Ende März, spätestens Anfang April, soll das israelische Parlament die Justizreform absegnen haben. Wenn man bedenkt, dass die [Knesset](#) nicht täglich zusammenkommt, sind das nur noch acht Tage. Könnte man die israelische Regierung jetzt noch davon abhalten, die Reform durchzusetzen, wäre das viel leichter, als später zu versuchen sie rückgängig zu machen. Es ist wie bei einer Krebserkrankung: Wenn du den Tumor früh genug entdeckst und handelst, kannst du ihn eher heilen. Wird er zu spät entdeckt, gibt es kaum noch Hoffnung.

SPIEGEL: Was macht die Gesetzesänderung so gefährlich?

Yashiv: Wenn die Reformen umgesetzt werden wie geplant, wird Israel sich von einer liberalen Demokratie in eine Autokratie verwandeln. Wir wissen schon, was sie als Nächstes planen: Angriffe auf die Medien, auf die akademische Welt. Zensur, Schließungen. Die Justizreform ist erst der Anfang. Es wird keine unabhängige dritte Gewalt mehr geben. Wenn man die Eigenarten unseres politischen Systems bedenkt, ist das besonders schwerwiegend.

SPIEGEL: Warum ist Israels politisches System so fragil?

Yashiv: Israel hat keine Verfassung, nur eine Sammlung von »basic laws«, die Grundrechte garantieren. Legislative und Exekutive sind nicht wirklich getrennt. Der Premierminister steht nicht nur der Regierungskoalition vor, sondern auch der Koalition im Parlament. Die Knesset hat nur eine Kammer, nicht zwei, wie in den meisten Ländern. Es gibt keine Kontrollinstanz. Insofern kontrolliert Netanyahu nicht nur die Regierung, sondern auch das Parlament. Wenn dann die Judikative wegfällt, bleibt nur noch die eine staatliche Gewalt. Das nennt man Autokratie.

»Schon die nächsten Wahlen könnten nicht mehr frei und gleich sein.«

SPIEGEL: Sie sind kein Politologe, sondern Volkswirt. Gemeinsam mit israelischen und internationalen Kollegen haben Sie einen offenen Brief unterschrieben, in dem Sie die Regierung vor fatalen Konsequenzen der Reformen warnen. Warum ist die Wirtschaft so alarmiert?

Yashiv: Israel wird großen wirtschaftlichen Schaden nehmen – und das wird die politischen Probleme noch weiter verschlimmern. Man muss verstehen, dass es zwei Teile der

israelischen Wirtschaft gibt. Wir haben einen sehr starken, aber auch einen sehr schwachen Teil. Der starke Teil, das ist der Hightech-Sektor, er macht etwa 15 Prozent der israelischen Wirtschaft aus. Etwa ein Drittel der Bevölkerung ist arm, dabei handelt es sich hauptsächlich um Ultraorthodoxe und arabische Israelis. Sollten die Reformen durchgesetzt werden, so warnen die Tech-Unternehmen bereits, werden sie das Land verlassen. Unter denen, die zurückbleiben, wäre ein relevanter Teil arm und schlecht ausgebildet. Wer geht, nimmt seine Firma mit, die Mitarbeiter – und die Steuern. Dem Staat würde deutlich weniger Geld zur Verfügung stehen. Und das wird die Probleme weiter befeuern.

SPIEGEL: Inwiefern?

Yashiv: In einem wirtschaftlich schwachen Land leidet die Bevölkerung. Die Regierung sucht nach Schuldigen – innen und außen. Im Inland sind das die arabischen Israelis. Man könnte unliebsamen Bevölkerungsgruppen wie ihnen mit fadenscheinigen Begründungen verbieten zu wählen, etwa, indem nur zur Wahl gehen darf, wer auch in der Armee gedient hat. Sie fragten mich, warum es nach der Justizreform zu spät sein könnte, Israels Demokratie zu retten. Deswegen. Schon die nächsten Wahlen könnten nicht mehr frei und gleich sein.

»Wenn ich Iran wäre, würde ich die nukleare Schwelle überschreiten.«

SPIEGEL: Warum sollte sich der Westen für die innenpolitischen Probleme Israels interessieren?

Yashiv: Wir sind die einzige liberale Demokratie im Nahen Osten – noch. In Anbetracht der fehlenden demokratischen

Rechte im [Westjordanland](#) und teilweise in Gaza natürlich kein Leuchtfeuer der Demokratie, aber relativ gesprochen eben eine liberale Demokratie. Natürlich können sich die westlichen Staaten nicht immer darum kümmern, wenn in einem fernen Land die Bevölkerung leidet. Aber Israel ist ein wichtiger Faktor, um Stabilität in der Region zu wahren. Und ein wirtschaftlich und politisch destabilisiertes Israel würde seine Feinde nicht nur im Inneren, sondern auch nach außen bekämpfen.

SPIEGEL: Sie sprechen von Israels Spannungen mit [Iran](#).

Yashiv: Wenn Iran feststellt, dass ein rechtsextremes Israel aggressiv auftritt und es keine Kontrollinstanzen mehr gibt, werden sie die nukleare Schwelle überschreiten. Sie sind ohnehin schon kurz davor. Warum sollten sie jetzt damit aufhören? Sie kennen Israel. Sie wüssten, dass es nun eine nuklear bewaffnete Regierung in Jerusalem gibt, die man nicht aufhalten kann. Sollten sie wehrlos auf einen Angriff warten?

Ausland

[Abo](#)



SPIEGEL: Genau deswegen ist Netanyahu ja in Berlin – um mit Olaf Scholz über Sicherheitsrisiken in der Region zu sprechen.

Yashiv: Ja, aber Netanyahu macht genau das Gegenteil von dem, was er sollte – er destabilisiert die Region. Netanyahu bringt Iran ironischerweise dazu, nuklear zu werden und im Nahen Osten Chaos zu stiften. Der Westen muss verstehen, dass Netanyahu kein Partner mehr für den Westen ist, sondern ein Problem.

Mehr zum Thema

5+ Staatskrise in Israel: »Vorwärts ins Mittelalter« Von

Julia Amalia Heyer und Felix Rettberg, Tel Aviv

Seltene Fernsehansprache: Israels Präsident warnt vor »verfassungsrechtlichem Zusammenbruch« – und Gewalt**5+ Widerstand gegen geplante Justizreform in Israel: »Sie stehlen unser Land und zerstören unsere Demokratie«**

Aufgezeichnet von Muriel Kalisch, Tel Aviv

SPIEGEL: Reicht der Druck des Westens aus, um Einfluss auf Netanyahu zu nehmen?

Yashiv: Bislang nicht. Wenn Deutschland und der Rest der westlichen Welt wirklich ein Freund Israels sein wollen, dann müssen sie klare Kritik formulieren, bevor es zu spät ist. Das wäre ein Zeichen wahrer Freundschaft. Man hilft Israel – und besonders der israelischen Bevölkerung – nicht, indem man es nicht kritisiert. Das gilt besonders für Deutschland. Natürlich kann die Regierung versuchen, den Deutschen vorzuhalten, sie dürften sie wegen des Holocausts nicht kritisieren. Aber gerade deswegen hat Deutschland eine moralische Verantwortung. In Deutschland wurde vor 90 Jahren die rechtsextreme Regierung demokratisch gewählt. Ihr Vorhaben lag offen da, sie haben kein Geheimnis daraus gemacht. Man hätte sie aufhalten können, wenn man früh genug reagiert hätte. So ist es auch in Israel. Und Netanyahu ist ein Mann, der leicht zu beeinflussen ist. Das ist schlecht und gut. Schlecht, weil er unter großem Einfluss aus Teilen seiner Regierung steht – die, die Justizreform aus eigenen Interessen vorantreiben. Doch auch der Westen kann ihn beeinflussen. Aus heutiger Sicht wäre sein politisches Erbe die Schwächung und Zerstörung Israels. Das kann ein Mann wie er nicht wollen. **S**